

## Medienmitteilung

Thema	Medienmitteilung zum Voranschlag 2013
Für Rückfragen	Roland Fischer, Nationalrat, Tel +41 79 422 76 60
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, E-Mail <a href="mailto:schweiz@grunliberale.ch">schweiz@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.grunliberale.ch">www.grunliberale.ch</a>
Datum	29. November 2012

### Grünliberalen enttäuscht über den Voranschlag 2013

**Die Grünliberalen sind enttäuscht über das Resultat der Beratungen zum Voranschlag des Bundes 2013. Zwar entspricht der Voranschlag auch nach den Beratungen im Nationalrat den Anforderungen der Schuldenbremse. Die komfortable Ausgangslage, welche sich mit einem strukturellen Überschuss von 100 Millionen vor den Beratungen dem Nationalrat präsentierte, wurde jedoch durch Mehrausgaben im Bereich der Landwirtschaft von 60 Millionen Franken und Mehrausgaben für Tourismus Schweiz von 12 Millionen zu einem grossen Teil zunichte gemacht.**

Die Grünliberalen betrachten die höheren Ausgaben als unverantwortlich, zumal Sie nicht geeignet sind, die strukturellen Probleme der Landwirtschaft und des Tourismus zu lösen. Im Gegenteil, sie führen zu einer weiteren Ankurbelung des Teufelskreises von immer höheren Subventionen, Regulierungen und Marktabschottungen. An diesem Entscheid zeigt sich einmal mehr die finanzpolitische Unglaubwürdigkeit der SVP, wenn es um Subventionen für die Landwirtschaft und damit eigene Pfründe geht. Leider halfen dabei CVP und Vertreter der FDP bereitwillig mit, mit diesen fragwürdigen Subventionen das Budget unnötig aufzublähen.

Hinzu kommt, dass sich das konjunkturelle Umfeld nach wie vor sehr fragil präsentiert, und dass die Staatsfinanzen in den kommenden Jahren vor grossen Herausforderungen stehen. So zeigt der Finanzplan bereits für das Jahr 2014 ein strukturelles Defizit. Auch in den Folgejahren 2015 und 2016 ist das Polster angesichts der konjunkturellen Unsicherheiten tief. Es ist deshalb gefährlich, die Ausgabendisziplin zu verlassen, und die Einhaltung der Schuldenbremse zu gefährden. Nicht zuletzt deshalb lehnte die Grünliberale Fraktion sämtliche Minderheitsanträge, welche zu nicht finanzierten Aufstockungen führen, ab.

Die Grünliberalen bedauern es auch, dass die Mehrheit des Nationalrats eine Verschiebung von finanziellen Mitteln zu Gunsten des Natur- und Landschaftsschutzes abgelehnt hat. Die Mehrausgaben von 10 Millionen Franken hätten im Bereich des Hochwasserschutzes, wo in den vergangenen Jahren die budgetierten Mittel nie ausgeschöpft wurden, kompensiert werden sollen. Es wäre deshalb vertretbar, die Mittel zu Gunsten der Biodiversität zu erhöhen, ohne dabei dem Hochwasserschutz zu schaden und ohne Mehrbelastung des Voranschlages.

Die Grünliberalen hoffen nun, dass der Ständerat die notwendigen Korrekturen vornimmt und insbesondere die Aufstockungen in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismusförderung rückgängig macht.